



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Stadtentwicklung im Konsens? Bürgerbeteiligung im Spannungsfeld

Deutscher Verband Immobilien- und Stadtentwicklungsvorhaben sehen sich immer häufiger teils vehementen Widerständen aus Teilen der Bevölkerung ausgesetzt. Zum Teil scheitern dadurch bereits beschlossene Projekte. Welche Rolle kann Bürgerbeteiligung angesichts dieser Situation spielen?

www.deutscher-verband.org



Prof. Elke Pahl-Weber ist Vorsitzende der AG Städtebau/Raumordnung des Deutschen Verbands.

In der integrierten Stadterneuerung ist Bürgerbeteiligung längst etabliert. Doch hier geht es meist um die informelle Mitwirkung der Bewohner bei der Ausweitung lokaler Angebote und die Gestaltung des öffentlichen Raums. Auch in der klassischen Bauleitplanung ist die Beteiligung gesetzlich verankert, erweist sich allerdings als struktursensitiv und ist meist „weit weg“ vom Bürger. Noch wenig verbreitet sind intensivere Beteiligungsprozesse bei größeren Neubauprojekten oder Nachverdichtung. Erste Mediationsverfahren zeigen, wie Konfliktlösung durch Mediation erfolgen kann. Aber braucht es erst einen Streit der beteiligten Gruppen, damit Vereinbarungen getroffen werden?

Partizipation bedeutet in erster Linie, dass verschiedene Interessen gesammelt und abgewogen werden, um eine endgültige Planungsvariante festzulegen. Bürgerbeteiligung ist aber kein Wunschkonzert. Ihre Stärke liegt vielmehr in konstruktive, aber auch kontroverser Diskussion um Lösungen. Bürgerentscheide können hier eher stören. Sie werden als Konsensentscheidung zur Befriedung strittiger Vorhaben gehandelt. In der Realität geht der Konflikt jedoch oft weiter. Außerdem erfordern solche Entscheide eine „Ja/Nein-Entscheidung“, die der Komplexität der Stadtentwicklung kaum gerecht wird.

„DIE BÜRGER“ GIBT ES NICHT. Mit Blick auf unsere Gesellschaft bilden „die Bürger“ heute keine homogene Einheit mehr. Mit dem steigenden Anteil älterer Menschen wächst der Wunsch nach Bestandssicherung und Bewahrung. Junge Menschen dagegen nehmen demokratische Prozesse häufig als langwierig, intransparent und ohne wirkliche Gestaltungsmöglichkeiten wahr. Und eine „schweigende Mehrheit“ fühlt sich bei Beteiligungsverfahren erst gar nicht angesprochen. Um eine „Elitedemokratie“ zu vermeiden, sollten auch jene Gruppen angehört werden, die sich nicht so lautstark zu Wort melden.

Trotz Aufwand rechnet sich die kooperative Stadtentwicklung: Kommunen haben die Möglichkeit, sie über städtebauliche Verträge zu finanzieren, für Investoren bedeuten sie eine größere Planungssicherheit. Und entgegen vieler Vorurteile können in der Praxis die Planungsprozesse beschleunigt werden, da die Projekte am Ende von einer Mehrheit mitgetragen werden und sich weitere Verzögerungen in der Realisierung vermeiden lassen. Außerdem profitieren Investoren durch kreative weitere Ideen.

Für die erfolgreiche Gestaltung kommt es auf zwei Dinge an: das passende Verfahren und die Rückkopplung in die Politik. Kooperative Stadtentwicklung sollte im Format an das jeweilige Vorhaben angepasst werden. Auch niedrigschwellige Angebote wie Feste, Wettbewerbe oder Tage der offenen Tür können zum Einsatz kommen. Alle eingehenden Ideen sollten ernst genommen und geprüft werden, selbst wenn nicht alle realisiert werden können. Wichtig ist zudem, die Rahmenbedingungen frühzeitig zu kommunizieren, Grenzen klarzumachen und unrealistische Vorstellungen zu entkräften. Letztlich kommt es aber darauf an, dass die Politik ihre Steuerungs- und Entscheidungsfunktion wahrnimmt und kontroversen Debatten mit der Bevölkerung nicht ausweicht. Die Gemeinde- und Stadträte sollten die Ergebnisse der Beteiligungsprozesse aufgreifen und auf dieser Basis klare Entscheidungen treffen, selbst wenn es nach wie vor einzelne Gegner gibt. Gerade kurz vor den Wahlen scheuen Politiker jedoch umstrittene und unpopuläre Entscheidungen und nehmen dann die notwendige Führungsfunktion nicht wahr.

Der Deutsche Verband hat in seiner Arbeitsgruppe Städtebau/Raumordnung ein Thesenpapier erarbeitet, das Voraussetzungen und Verfahren für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung zusammenfasst. «